



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 5. September 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-05-0027

Klarheit und Wahrheit bei der Citybahn schaffen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 22.08.2017 -

Wer sich über die Citybahn informieren möchte und dazu die Seite citybahn-verbindet.de nutzt, dem wird suggeriert, dass das Projekt schon in trockenen Tüchern sei. Trotz der noch nicht vorhandenen Machbarkeitsstudie und den entsprechenden Beschlüssen der Gremien, wird hier das Bild eines Projektes gezeichnet, das kurz vor seiner Vollendung steht. Damit gehen die unterschiedlichen Aussagen aus Wiesbaden einerseits und Mainz und dem Rheingau-Taunus-Kreis andererseits einher, die den zeitlichen Horizont des Projektes betreffen. Während man in Wiesbaden schon einmal zweckoptimistisch den Betrieb für das Jahr 2020 (Stadtrat Kowol im Rahmen der Akteurswerkstatt am 26. Juni 2017) kolportiert, tritt man anderswo auf die Bremse. All das und weitere Berichte sorgten in den letzten Wochen und Monaten für teilweise erhebliche Verwirrung innerhalb der Bevölkerung und dienten nicht der viel beschworenen Transparenz.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten,

1. ob und auf welchen Streckenabschnitten für die Citybahn ein eigener Gleiskörper gebaut wird.
2. in welchem Abhängigkeitsverhältnis eigener Gleiskörper und Förderung durch Bund und Land stehen.
3. ob und in welchem Ausmaß die Trasse der Citybahn auch von anderen Verkehrsmitteln genutzt werden kann und soll.
4. welche Stellen entlang der geplanten Trasse bzw. des Trassenkorridors überhaupt für die Einrichtung von Haltestellen mit 60 Metern Länge geeignet sind.
5. welche Probleme beim Bau von Haltestellen mit einer Länge von 60 Metern - insbesondere im Mainzer Stadtgebiet - auftreten können.
6. ob bereits gutachterlich festgestellt wurde, ob die Theodor-Heuss-Brücke statisch in der Lage ist, den Citybahnverkehr (mit 60 Meter langen Bahnen) zu tragen.
7. wie die im Ortsbeirat AKK geäußerten Wünsche hinsichtlich einer zweiten Rheinbrücke in Hinblick auf das geplante Citybahnprojekt (auch hinsichtlich etwaiger Kosten) bewertet werden.
8. ob es aufgrund der Planungen der Citybahn andere Projekte und/oder Planungen gibt, die durch Einsprüche etc. in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

1. in seiner Kommunikation sicherzustellen, dass ein wahrheitsgemäßes Bild der aktuellen Planungen und des aktuellen Sachstandes bezüglich der Citybahn gezeichnet wird.
 2. auf die ESWE Verkehr und die Citybahn GmbH hinzuwirken, dass auch diese Gesellschaften keine Aussagen über das geplante Bahnprojekt treffen, die nicht wissenschaftlich gedeckt und durch entsprechende Gutachten bestätigt sind.
 3. eine, mit der Stadt Mainz und dem Rheingau-Taunus-Kreis abgestimmte Antwort darüber zu geben, wann frühestens mit etwaigen Baumaßnahmen begonnen werden kann.
-

Beschluss Nr. 0147

1. Der Teil 1 des Antrages der FDP vom 22.08.2017 (Ziffern 1 bis 8) gilt als eingebracht.
2. Der Teil 2 des Antrages (Ziffern 1 bis 3) wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2017

Große
stellvertretender Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2017

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister